

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Christian Jung FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Weitere Nutzung der alten Landesfeuerwehrschnule in Bruchsal (Landkreis Karlsruhe)

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Plant sie eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) oder eine Außenstelle (EA) der LEA Karlsruhe auf der Gemarkung von Bruchsal (Landkreis Karlsruhe)?
2. Soll auf dem Gelände der alten Landesfeuerwehrschnule in Bruchsal eine LEA/EA entstehen?
3. Wenn ja (Frage 2): Ab wann plant die Landesregierung für wie viele Menschen die Einrichtung einer LEA /EA?
4. Wenn ja (Frage 2): Welche Umbaumaßnahmen sind geplant (bitte unter genauer Angabe der Sanierungs- und Investitionsmittel vor allem für den sanitären Bereich)?
5. Warum wird das immer mehr verfallende Gelände der alten Feuerwehrschnule in Bruchsal nicht gesichert bzw. warum steht das Eingangstor wie am 9. Dezember 2023 offen?
6. Ist die Lage der alten Landesfeuerwehrschnule in einem Wohngebiet in Bruchsal überhaupt geeignet für die Einrichtung einer LEA/EA?
7. Ist es richtig, dass es in den vergangenen Jahren auf dem Gelände der alten Landesfeuerwehrschnule zu massiven Diebstählen in der Haustechnik kam und zum Beispiel keine Heizkörper mehr in den Gebäuden sind und diese nicht geheizt werden können?
8. Wenn nein (Frage 2): Warum wurde das Gelände der alten Feuerwehrschnule in Bruchsal nicht der Wohnbebauung zugeführt und beispielsweise an die Stadt Bruchsal oder einen Investor verkauft?

9. Wann gab es zwischen der Landesregierung und der Bruchsaler Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick seit 2016 Gespräche über die Nutzung der alten Landesfeuerweherschule für eine Wohnbebauung oder die Einrichtung einer LEA/EA (Bitte unter genauer Angabe der Gesprächspartner und des jeweiligen Besprechungsortes/Datum)?

11.12.2023

Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Seit Jahren verfällt das Areal der alten Landesfeuerweherschule in Bruchsal (Landkreis Karlsruhe). Dieses könnte zeitnah der Wohnbebauung zugeführt werden. Deshalb ist es nach Ansicht des Fragestellers wichtig zu wissen, was die Landesregierung hier genau plant.

Antwort

Mit Schreiben 17. Januar 2024 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Plant sie eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) oder eine Außenstelle (EA) der LEA Karlsruhe auf der Gemarkung von Bruchsal (Landkreis Karlsruhe)?*
- 2. Soll auf dem Gelände der alten Landesfeuerweherschule in Bruchsal eine LEA/EA entstehen?*
- 3. Wenn ja (Frage 2): Ab wann plant die Landesregierung für wie viele Menschen die Einrichtung einer LEA /EA?*
- 4. Wenn ja (Frage 2): Welche Umbaumaßnahmen sind geplant (bitte unter genauer Angabe der Sanierungs- und Investitionsmittel vor allem für den sanitären Bereich)?*

Zu 1. bis 4.:

Das Land prüft gegenwärtig eine mögliche Nutzung des Landesgrundstücks der ehemaligen Landesfeuerweherschule (LFS) in Bruchsal für Zwecke der temporären Unterbringung von Geflüchteten. Gegenstand der noch laufenden Prüfung ist eine temporäre Inbetriebnahme einer Erstaufnahmeeinrichtung für rund 500 Personen nach einer Ertüchtigung der vorhandenen und benötigten Gebäudesubstanz oder alternativ durch aufzustellende mobile Unterbringungseinheiten (Modul- oder Leichtbauhallen, Container o. ä.). Umfang und Kosten der tatsächlich notwendigen Ertüchtigungsarbeiten können erst nach Abschluss der ergebnisoffenen Standortprüfung und Festlegung auf eine Umsetzungsvariante (Ertüchtigung oder mobile Einheiten) eingeschätzt werden.

Aufbau und Betrieb einer möglichen temporären Erstaufnahmeeinrichtung in Bruchsal sollen möglichst im Einvernehmen mit der Stadt Bruchsal erfolgen. Dabei wird auch in Betracht gezogen, dass der Standort Bruchsal möglicherweise als Interimsstandort während einer Sanierungsphase in der LEA Karlsruhe (Durlacher Allee 100) zur Verfügung stehen soll. Die Verhandlungen zwischen Stadt Bruchsal und dem Land sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

5. *Warum wird das immer mehr verfallende Gelände der alten Feuerweherschule in Bruchsal nicht gesichert bzw. warum steht das Eingangstor wie am 9. Dezember 2023 offen?*

Zu 5.:

Das Gelände der alten Landesfeuerweherschule ist mit Zäunen gesichert. Ein Wachdienst ist für die Sicherheit auf dem Gelände verantwortlich. Das Areal wird u. a. durch Bestreifung und eine mobile Einbruchmeldeanlage gesichert.

Einzelne Gebäude werden von verschiedenen Nutzern zu Lagerzwecken genutzt. Der Zugang für diese Nutzer erfolgt über das Eingangstor des Areals, das hierfür temporär geöffnet wird.

6. *Ist die Lage der alten Landesfeuerweherschule in einem Wohngebiet in Bruchsal überhaupt geeignet für die Einrichtung einer LEA/EA?*

Zu 6.:

Es sind keine Ausschlusskriterien für eine temporäre Nutzung des Areals als Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete erkennbar.

7. *Ist es richtig, dass es in den vergangenen Jahren auf dem Gelände der alten Landesfeuerweherschule zu massiven Diebstählen in der Haustechnik kam und zum Beispiel keine Heizkörper mehr in den Gebäuden sind und diese nicht geheizt werden können?*

Zu 7.:

In den Jahren 2017 und 2018 gab es auf dem Areal der alten Landesfeuerweherschule Einbrüche mit erheblichem Sachschaden. Dabei wurden Heizkörper entwendet und sanitäre Einrichtungen beschädigt. Die Einbrüche wurden durch das Land angezeigt.

Vor dem Hintergrund einer zukünftigen Entwicklung des Areals als Wohngebiet wurden die Schäden seinerzeit nicht behoben.

8. *Wenn nein (Frage 2): Warum wurde das Gelände der alten Feuerweherschule in Bruchsal nicht der Wohnbebauung zugeführt und beispielsweise an die Stadt Bruchsal oder einen Investor verkauft?*

Zu 8.:

Auf Basis der zwischen der Stadt Bruchsal und dem Land in den Jahren 2013 und 2016 abgeschlossenen städtebaulichen Verträge soll das Flurstück Nummer 2366 auf dem Areal der alten Landesfeuerweherschule in Bruchsal einer Wohnnutzung zugeführt werden. Die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür sollen durch die Aufstellung des Bebauungsplans „Unterer Gleisberg“ durch die Stadt Bruchsal geschaffen werden. Es soll zunächst ein städtebaulicher Entwurf erarbeitet werden, auf dessen Grundlage ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet und durchgeführt werden soll. Die Stadt Bruchsal hat inzwischen Wettbewerbsunterlagen für den städtebaulichen Entwurf vorgelegt und stimmt diese mit dem Land ab. Nach Abschluss der Abstimmungen zwischen Stadt und Land wird der Wettbewerb veröffentlicht. Nachdem das Wettbewerbsergebnis vorliegt, wird auf Basis dieses städtebaulichen Entwurfs dann das Bebauungsplanverfahren eingeleitet und durchgeführt.

Somit kann das landeseigene Areal der ehemaligen Landesfeuerweherschule erst nach baurechtlicher Aufwertung einer Wohnnutzung zugeführt werden. Bis dahin werden die Bestandsflächen durch das Land z. B. als Lagerfläche zwischengenutzt.

9. Wann gab es zwischen der Landesregierung und der Bruchsaler Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick seit 2016 Gespräche über die Nutzung der alten Landesfeuerweherschule für eine Wohnbebauung oder die Einrichtung einer LEA/EA (Bitte unter genauer Angabe der Gesprächspartner und des jeweiligen Besprechungsortes/Datum)?

Zu 9.:

Im März 2022 wurde die ehemalige Landesfeuerweherschule durch das Amt Karlsruhe des Landesbetriebs Vermögen und Baden-Württemberg erstmals als ein möglicher Standort für eine temporäre Unterbringung Geflüchteter benannt. Ab März/April 2022 kam es zu Ortsbegehungen und ersten Gesprächen zwischen dem Regierungspräsidium Karlsruhe und der Stadt Bruchsal unter Beteiligung von Frau Regierungspräsidentin Felder und Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick.

Bereits ab April 2022 fanden Gespräche mit der Stadt Bruchsal auf ministerieller Ebene, insbesondere mit dem Justizministerium statt. Darüber hinaus fand ein kontinuierlicher Austausch auf allen Ebenen zwischen der Stadt Bruchsal, dem Landkreis Karlsruhe und dem Land statt – sowohl zur Geflüchtetenunterbringung als auch zur Wohnbauentwicklung.

Datum	Ort	Teilnehmende
25.4.2022	Stuttgart	Ministerin Gentges (JuM), Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, Landrat Dr. Schnaudigel (LKr KA)
18.5.2022	telefonisch	Staatssekretärin Dr. Splett (FM), Oberbürgermeisterin Petzold-Schick
28.10.2022	telefonisch	Ministerin Gentges (JuM), Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, Landrat Dr. Schnaudigel (LKr KA)
15.11.2022	Stuttgart	Ministerin Gentges (JuM), Staatssekretärin Dr. Splett (FM), Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, Landrat Dr. Schnaudigel (LKr KA)
15.2.2023	Bruchsal	Ministerin Gentges (JuM), Oberbürgermeisterin Petzold-Schick
15.9.2023	Stuttgart	Ministerin Gentges (JuM), Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, Landrat Dr. Schnaudigel (LKr KA)

Gentges

Ministerin der Justiz
und für Migration